

Ägypten

(Zusammengestellt von Stephan Roll)

I. Grunddaten

Religiöses Profil der Bevölkerung: 90 bis 95 % Muslime (sunnitisch), 5 bis 10 % Christen (Kopten).

Stellenwert der Religion im Staat: Gemäß Übergangsverfassung (Verfassungserklärung des Hohen Militärrats vom 23.3.2011) ist der Islam Staatsreligion und die Prinzipien des islamischen Rechts sind die Hauptquelle der Gesetzgebung.

Staatliche religiöse Infrastruktur: Das Ministerium für religiöse Stiftungen (Awqaf) kontrollierte bislang einen Großteil der Moscheen und war zusammen mit dem Staatspräsidenten für die Benennung der Führungspositionen der Azhar-Universität und des Großmuftis, der dem staatlichen Institut für Rechtsgutachten (Dar al-ifta') vorsteht, zuständig. Gegenwärtig sind aufgrund des politischen Machtvakuum die Zuständigkeiten unklar. Die Anzahl der Moscheen ist nicht genau bekannt; wahrscheinlich gibt es um 100.000 Moscheen. Religiöse Hochschule / Bildungseinrichtungen: (→) Al-Azhar-Universität.

Vereinigungen mit religiöser Prägung: (→) Al-Da'wa al-salafiya; (→) al-Jama'a al-islamiya; Hoher Rat der Sufi-Orden; (→) Muslimbruderschaft.

Vereinigungen mit Verbindung zu religiösen Gruppen/Parteien: Egyptian Business Development Association.

Parteien mit religiöser Prägung:

FJP (Freedom and Justice Party/Partei Freiheit und Gerechtigkeit/Hizb al-hurriya wal-adala); die (→) FJP wurde 2011 von der Muslimbruderschaft gegründet und ist mit Abstand größte islamistische Partei Ägyptens.

Nur-Partei (Partei des Lichts/Hizb al-nur); sie ist eine Gründung der Salafisten; die (→) Nur-Partei ist die größte salafistische Partei.

Partei für Aufbau und Entwicklung (Hizb al-bina' wal-tanmiya); sie ist eine Gründung der (→) Jama'a al-islamiya und gehört zum salafistischen Parteienspektrum.

Ferner sind folgende, kleinere Parteien zu nennen:

Wasat-Partei (Neue Partei der Mitte/Hizb al-wasat al-jadid); die (→) Wasat-Partei, gegründet von einem ehemaligen Mitglied der Muslimbruderschaft, ist eine kleinere liberal-islamistische Partei.

Partei der Authentizität (Hizb al-asala), eine kleinere salafistische Partei, die von ehemaligen Mitgliedern der Partei der Tugend gegründet wurde.

Partei für Reform und Erneuerung (Hizb al-islah wal-nahda), eine islamistisch-liberale Kleinstpartei, die nicht im Parlament vertreten ist.

Partei der Tugend (Hizb al-fadila), eine salafistische Kleinstpartei, die nicht im Parlament vertreten ist.

Ägyptische Befreiungspartei (Hizb al-tahrir al-masri), eine Parteigründung aus der Sufibewegung, die nicht im Parlament vertreten ist.

Partei Stimme der Freiheit (Hizb sawt al-hurriya), eine weitere Parteigründung aus der Sufi-Bewegung, die ebenfalls nicht im Parlament vertreten ist.

II. Islamisch und islamistisch orientierte Institutionen und Organisationen

Al-Azhar

Gründung: 972 (Azhar-Moschee), 988 (Azhar-Universität); Hauptsitz in Kairo, Außenstellen innerhalb und außerhalb Ägyptens.

Mitgliederzahl: > 400.000 Studenten und > 10.000 Lehrkräfte. Führungsorgane, Führungspersonlichkeiten: An der Spitze der Azhar-Moschee steht der Großscheich. Die Universität wird durch einen Rektor geführt, der allerdings weniger politisches Gewicht hat als der Großscheich und diesem faktisch untergeordnet ist. Großscheich

ist seit 2010 Mohammad Ahmad al-Tayib. Al-Tayib ist von Präsident Mubarak ernannt worden und galt als regimenah. Er gehörte dem einflussreichen Politischen Komitee der ehemaligen Regierungspartei NDP an. Vor seiner Ernennung zum Großscheich war al-Tayib Großmufti und davor Rektor der Azhar-Universität. Nach dem politischen Umbruch in Ägypten 2011 kam es zu Veränderungen an der Azhar. Im Zuge einer Gesetzesänderung 2012 wurden die Führungsstrukturen der Azhar reformiert. Zentrale Führungspositionen, darunter auch die des Großscheichs, sollen nun nicht mehr durch den Staat, sondern durch den Ältestenrat der Ulama ernannt werden. Für eine Übergangszeit erhielt Großscheich al-Tayib die Befugnis, die Mitglieder des Ältestenrats zu ernennen. Später sollen vakante Positionen durch die Mitglieder des Rats selbst bestimmt werden. Al-Tayib erhielt durch die Gesetzesänderung faktisch die absolute Kontrolle über die Azhar-Führung, was von der Azhar selbst, vor allem aber von Muslimbrüdern und Salafisten auf das Schärfste kritisiert wurde.

Programmpunkte: Gemäß der Azhar-Deklaration vom Juni 2011 befürwortet die Azhar die Errichtung eines zivilen Staates mit einer vom Volk bestimmten Verfassung und Gewaltenteilung; die „generellen Prinzipien der Scharia“ sollen Hauptquelle der Gesetzgebung sein; die Azhar besteht auf politischer Unabhängigkeit und erhebt den Anspruch, die wichtigste Autorität in allen religiösen Fragen zu sein.

Aktivitäten seit 2011: Zu Beginn der Massenproteste gegen das Mubarak-Regime zunächst zögerliche Haltung der Azhar; al-Tayib riet von Demonstrationen ab, stellte sich aber auch nicht direkt auf die Seite des Regimes. Azhar-Studenten und Teile des Lehrkörpers beteiligten sich jedoch an den Demonstrationen. Im Juni 2011 griff die Azhar-Führung mit der Azhar-Deklaration in die Diskussion um die neue Verfassung ein. Im Januar 2012 wurde die gesetzliche Grundlage der Azhar durch den Hohen Militärrat neu geregelt; im März 2012 zog sich die Azhar unter Protest wegen der Dominanz der Islamisten aus der Kommission zur Ausarbeitung der neuen Verfassung zurück.

Die Azhar lehnt Gewalt als politisches Mittel eindeutig ab und tritt für graduellen Wandel ein; sie versucht deshalb seit 2011 zwischen politischen Parteien und den verschiedenen islamischen Strömungen zu vermitteln.

Kooperationspartner: Keine; die Azhar will sich als neutrale religiöse Autorität etablieren.

Webauftritt: <http://www.azhar.edu.eg>

Publikationen: Al-Azhar Declaration on the Future of Egypt, Kairo, Juni 2011, <http://www.sis.gov.eg/En/Story.aspx?sid=56424> (letzter Abruf: 28.8.2012); Azhar Declaration of Fundamental Freedoms, Kairo, 8.1.2012, <http://www.oasiscenter.eu/en/node/7744> (letzter Abruf: 28.8.2012).

Muslimbruderschaft

Al-Ikwan al-muslimun

Gründung der Vereinigung, Status: 1928 Gründung der Organisation, 1954 Verbot, seitdem unklarer rechtlicher Status; es kommt zunehmend die Forderung auf, die Bruderschaft solle sich als Nichtregierungsorganisation registrieren lassen und ihre Finanzen offen legen. Der Hauptsitz der Muslimbruderschaft ist in Kairo, sie verfügt jedoch über Büros in allen Landesteilen.

Mitgliederzahl: Schätzungen liegen zwischen 400.000 und 5.000.000.

Führungsorgane, Führungspersönlichkeiten: An der Spitze der Bruderschaft steht der spirituelle Führer (Murshid). Dieser steht dem obersten Führungsgremium, dem Führungsbüro (Maktab al-irshad), vor, das aus 15 Mitgliedern besteht und vom Beratergremium, dem Schura-Rat (Majlis al-shura) bestehend aus über 100 Mitgliedern, gewählt wird. Die Bruderschaft verfügt über weitere Führungsstrukturen auf regionaler und lokaler Ebene. Die kleinste Organisationsform ist die „Familie“ (Usra), bestehend aus bis zu fünf Mitgliedern und angeführt von einem „Kapitän“ (Naqib). Wichtigste Führungspersönlichkeiten sind: Muhammad Badie (Murshid), Khairat al-Shatir (stellvertretender Murshid und offensichtlich Finanzmanager der Bewegung), Muhammad Mursi (Vorsitzender der Partei FJP), Saad al-Katatni (Parlamentspräsident), Issam al-Arian (stellvertretender Vorsitzender der FJP, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des ägyptischen Parlaments), Mahmud Ghuzlan (Sprecher der Bruderschaft und Mitglied des Führungsbüros).

Programmpunkte: Vgl. hierzu (→) FJP.

Aktivitäten seit 2011: Die Muslimbruderschaft nahm zu Beginn der Massenproteste gegen das Mubarak-Regime eine zögerliche Haltung ein; die eigene Anhängerschaft wurde zunächst nicht mobilisiert. Die Führung setzte offenbar auf Verhandlungen mit dem Regime. Die Jugendbewegung der Muslimbruderschaft nahm allerdings an den Protesten teil. Nach dem Rücktritt Mubaraks setzte die Muslimbruderschaft auf Verhandlungen mit der Militärführung und unterstützte zunächst deren Transformationsplan.

Ende Februar 2011 kam es zur Gründung der Partei FJP; das politische Engagement läuft seitdem vor allem über die FJP. Im März 2012 wurde Khairat al-Shatir zum Präsidentschaftskandidaten der Muslimbruderschaft/FJP ernannt, Muhammad Mursi zum Ersatzkandidaten; nach der Ablehnung von al-Shatir durch die Wahlkommission wurde Mursi Präsidentschaftskandidat. Er ging aus den Präsidentschaftswahlen vom Mai 2012 und der Stichwahl im Juni als Sieger hervor (vgl. FJP, Aktivitäten seit 2011).

Kooperationspartner: FJP, deren „Mutterorganisation“ die Muslimbruderschaft ist.

Webauftritt: <http://www.ikhwanweb.com> (englisch); <http://www.ikhwanonline.com> (arabisch).

Publikationen: Vgl. FJP.

FJP

Freedom and Justice Party/Partei Freiheit und Gerechtigkeit/Hizb al-hurriya wal-adala

Gründung der Partei, Status, Repräsentanz im Parlament: Gründung im Februar 2011; Legalisierung im Juni 2011; Teilnahme an Legislativwahlen seit 2011; Anzahl der Sitze (Wahlen 28.1.2011 bis 11.1.2012): 216 (43,4 % der Sitze). Die Partei verfügt wie die Muslimbruderschaft über Büros in allen Landesteilen.

Mitgliederzahl: > 10.000

Führungsorgane, Führungspersönlichkeiten: Die Partei wird durch einen Obersten Rat und ein Exekutivbüro geführt. Beide Organe werden durch die Generalversammlung gewählt, die sich wiederum aus Repräsentanten aller Gouvernorate zusammensetzt. Die Mitglieder der ersten Generalversammlung wurden indes durch die Führung der Muslimbruderschaft ernannt, ebenso die Mitglieder des Obersten Rats. Das sechsköpfige Exekutivbüro wurde im Oktober 2011 gewählt (unter den gewählten Mitgliedern ist mit Kamalia Hilmi auch eine Frau). Parteivorsitzender ist Muhammad Mursi, Stellvertreter sind Issam al-Arian und Rafiq Habib (christlicher Psychologe und Publizist).

Programmpunkte:

- Innenpolitik: Im Mittelpunkt steht der Aufbau einer „verfassungs-basierten, modernen islamischen Demokratie“, eine Militärherrschaft oder Theokratie wird abgelehnt; die Scharia soll der Referenzrahmen sein; Rechtsstaatlichkeit wird angestrebt (eine unabhängige Judikative soll den Gesetzgebungsprozess kontrollieren); langfristig soll ein parlamentarisches System umgesetzt werden.
- Wirtschaftspolitik: Es wird ein marktwirtschaftliches System, die Stärkung des Wettbewerbs und der Abbau von Korruption angekündigt.
- Außenpolitik: Die Unterstützung der Palästinenser in ihrem Bestreben nach eigenem Staat wird als zentrales Anliegen genannt.

Aktivitäten seit 2011: Intensive Vorbereitung der Partei zur Teilnahme an den Wahlen; nach dem Wahlsieg im Frühjahr 2012 erstmals Forderungen nach sofortiger Übergabe der Regierungsverantwortung; im März 2012 gemeinsam mit der „Mutterorganisation“ (Muslimbruderschaft) Ernennung eines eigenen Präsidentschaftskandidaten (zunächst Kairat al-Shatir, dann Muhammad Mursi). Mursi gewann 24,78 % der abgegebenen Stimmen (5,7 Millionen Stimmen) bei den Präsidentschaftswahlen im Mai 2012 vor dem unabhängigen Kandidaten Ahmad Shafiq, Ex-Premierminister unter Mubarak und ehemaliger Luftwaffengeneral, der 23,66 % (5,5 Millionen Stimmen) auf sich vereinte. Mursi und Shafiq lieferten sich damit eine Stichwahl am 16./17.6.2012, aus der Mursi nach offiziellen Angaben mit rund 880.000 Stimmen Vorsprung als Sieger hervorging.

Die FJP lehnt Gewalt als politisches Mittel eindeutig ab und tritt für graduellen Wandel ein; sie versucht, zwischen politischen Parteien

und Strömungen zu moderieren – nimmt aber bei konkreten politischen Entscheidungen wenig Rücksicht (wie z. B. beim Verfassungsgebungsprozess). Die FJP nimmt eine moderate Haltung in Bezug auf die Auslegung des Islam ein (diesbezüglich gibt es erkennbare Unterschiede innerhalb der Bruderschaft); sie sieht Kopten als gleichberechtigte Staatsbürger, lehnt allerdings einen koptischen Staatspräsidenten ab (fordert aber offenbar keine entsprechende Formulierung in der Verfassung).

Kooperationspartner: Muslimbruderschaft. Die FJP führte in den Parlamentswahlen das Wahlbündnis Demokratische Allianz an, dem kleinere zum Teil auch sozialistische Parteien und unabhängige Kandidaten angehörten.

Politische Gegner: Säkulare und liberale, zunehmend aber auch salafistische Parteien.

Webauftritt: <http://www.ikhwanweb.com> (englisch); <http://www.ikhwanonline.com> (arabisch).

Publikationen: Al-Hurriya wal-adala (Tageszeitung).

Al-Da'wa al-salafiya

Salafistische Verkündung

Gründung der Vereinigung, Status: Die Vorläuferorganisation wurde bereits zwischen 1972 und 1977 gegründet; eine Umbenennung erfolgte in den 1980er Jahren; der rechtliche Status ist unklar; ihr Hauptsitz ist in Alexandria.

Mitgliederzahl (Anhängerschaft): > 100.000

Führungsorgane, Führungspersönlichkeiten: Die Organisation wird durch einen Generalsekretär geführt, der von einem Schura-Rat gewählt wird. Seit Juni 2011 ist Scheich Muhammad Abd al-Fattah („Abu Idris“) Generalsekretär und Scheich Yasir Burhami sein Stellvertreter. Weitere bekannte Scheichs der Da'wa al-salafiya sind Muhammad Isma'il al-Muqaddam, Ahmad Farid und (→) Muhammad Hassan.

Programmpunkte: Es gibt kein „offizielles Programm“; die Vereinigung tritt für eine fundamentalistische Islaminterpretation ein. Sie erkennt im Gegensatz zur eher unpolitischen Vereinigung Ansar al-Sunna, der zweiten, großen salafistischen Organisation in Ägypten, die Notwendigkeit politischer Partizipation an. Ziel der Da'wa al-salafiya ist die Errichtung eines islamischen Staates. Um dieses Ziel zu erreichen, ist politische Teilhabe auch in einem säkularen System möglich.

Aktivitäten seit 2011: Sie gab im März 2011 ihre Teilnahme am politischen Prozess bekannt, legte sich aber nicht direkt auf die Unterstützung einer Partei fest. Scheichs der Da'wa mobilisierten für die Zustimmung zum Verfassungsreferendum; sie sprachen sich gegen Demonstrationen gegen die Militärführung aus. Aus Kreisen der Da'wa wurden im Frühjahr 2011 die Nur-Partei und ein Konsultativrat der Religionsgelehrten (Majlis shura al-ulama' bi-misr), ein Zusammenschluss zehn sehr bekannter salafistischer Scheichs, gegründet. Im April 2012 gab die Da'wa ihre Unterstützung des gemäßigten Islamisten (→) Abd al-Mun'im Abu al-Futuh als Präsidentschaftskandidaten für die Wahl vom Mai 2012 bekannt.

Die Da'wa al-salafiya lehnt Gewalt gegen Muslime ab, daher war sie zunächst auch gegen Proteste gegen das Regime. Ihre Haltung gegenüber Sufis ist ablehnend, sie ruft aber nicht zur Gewalt gegen Sufis auf; inwieweit Übergriffe gegen Sufis und Christen von Scheichs der Da'wa al-salafiya verurteilt wurden, ist unklar.

Kooperationspartner: Salafistische Parteien, insbesondere die Nur-Partei.

Politische Gegner: Säkulare und liberale Parteien und die Sufi-Bewegung.

Webauftritt: Die Vereinigung nutzt vor allem die Webseite <http://www.salafvoice.com>

Nur-Partei

Partei des Lichts/Hizb al-nur

Gründung der Partei, Status, Repräsentanz im Parlament: Die Gründung erfolgte im März 2011, die Legalisierung im Juni 2011; die Partei nimmt seit 2011 an Wahlen teil; bei den Legislativwahlen (28.1.2011 bis 11.1.2012) gewann sie 109 Sitze (21,8 % der Sitze). Der Hauptsitz der Partei befindet sich in Alexandria.

Mitgliederzahl: > 10 000

Führungsorgane, Führungspersönlichkeiten: Vorsitzender ist Imad Abd al-Ghafur (bis dahin weitgehend unbekannt; er ist eines der Gründungsmitglieder der Da`wa al-salafiya; lebte seit Anfang 2000 in der Türkei und kehrte kurz vor dem politischen Umbruch nach Ägypten zurück); Parteisprecher sind Nadir Bakar und Yusri Hamad. Die Partei wird durch ein „Oberstes Organ“ geführt. Wichtigster Scheich (und offenbar Mitbegründer, aber nicht Mitglied der Partei) ist Yasir Burhami, der seit Juni 2011 stellvertretender Generalsekretär der (→) Da`wa al-salafiya ist.

Programmpunkte:

- Innenpolitik: Die Scharia soll Hauptquelle der Gesetzgebung sein; die Grundrechte werden im Rahmen des islamischen Rechts gewährt; Religionsfreiheit für Kopten wird im Rahmen des islamischen Rechts zugestanden; die Trennung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative soll umgesetzt werden.
- Wirtschaftspolitik: Die Partei tritt für ein marktwirtschaftliches System und ein islamisches Bankensystem ein.
- Sozialpolitik: Der Schwerpunkt liegt auf der Reform des Gesundheitssektors.
- Außenpolitik: Keine nennenswerte außenpolitische Agenda.
- Aktivitäten seit 2011: Die Nur-Partei konzentrierte sich auf die Parlamentswahlen Ende 2011, wobei sie zunächst eine Kooperation mit der FJP anstrebte, sich dann jedoch stärker von der FJP abgrenzte und eine Islamische Allianz gründete. Die Nur-Partei trat wie die FJP zunächst nicht als Kritiker der Militärführung in Erscheinung; sie kooperierte mit der FJP bei der Bildung der verfassungsgebenden Versammlung; im April 2012 sprach sie sich jedoch für den gemäßigten Islamisten Abd al-Mun'im Abu al-Futuh als Präsidentschaftskandidaten aus.

Die Nur-Partei lehnt Gewalt als politisches Mittel ab und tritt für graduelle (islamische) Reformen ein. Sie gibt sich in öffentlichen Stellungnahmen möglichst unverbindlich – Stellungnahmen bekannterer Mitglieder zeugen indes von Intoleranz gegenüber Nichtmuslimen und gegenüber einer nicht-salafistischen Auslegung des Islam.

Kooperationspartner: Die Nur-Partei führte bei den Legislativwahlen 2011 die Islamische Allianz an, zu der unter anderem die Hizb al-asala (Partei der Authentizität) und die Hizb al-bina' wal-tanmiya (Partei für Aufbau- und Entwicklung) gehörten.

Politische Gegner: Säkular orientierte Parteien; die Nur-Partei steht aber auch in zunehmender Konkurrenz zur FJP.

Webauftritt: <http://www.alnourparty.org>

Publikationen: Al-Nur (Wochenzeitung).

Al-Jama'a al-islamiya/Islamische Gruppe und Partei für Aufbau und Entwicklung

Gründung der Vereinigung, Status: 1970er Jahre Gründung der Organisation, deren rechtlicher Status nach wie vor unklar ist. Hauptsitz ist Kairo.

Gründung der Partei, Status, Repräsentanz im Parlament: Im Juni 2011 gründete die Jama'a al-islamiya (Islamische Gruppe) die Partei für Aufbau und Entwicklung (Hizb al-bina' wal-tanmiya), die im Oktober 2011 legalisiert wurde; ihr Hauptsitz ist in Kairo. Die Partei nahm an den Legislativwahlen 2011 teil und gewann 13 Sitze (2,6 % der Sitze).

Mitgliederzahl/Anhängerschaft: > 10 000.

Führungsorgane, Führungspersönlichkeiten: Geführt wird die Vereinigung durch einen „Amir“, der dem Konsultativrat (Majlis al-shura) vorsteht. Dieser wird durch eine Generalversammlung gewählt, die sich aus Vertretern lokaler Gruppen zusammensetzt. In der ersten internen freien Wahl der Jama'a al-islamiya im Juni 2011 wurde Issam Darbala zum Amir gewählt. Darbala gehört zu den Gründungsmitglie-

dern der Jama'a al-islamiya; er war wegen seiner Verwicklung in die Ermordung Präsident Anwar al-Sadats 1981 zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt worden. Darbala war an der Ausarbeitung der Gewaltverzichtserklärungen der Gruppe zur Jahrtausendwende beteiligt. Zu seinem Stellvertreter wurde Usama Hafiz gewählt, der ehemalige Führer der Jama'a al-islamiya für Oberägypten. Zur Führungsspitze der Jama'a al-islamiya können ebenfalls die Führungspersonen der Partei für Aufbau und Entwicklung gezählt werden, allen voran der Parteigründer und Vorsitzende Tariq al-Zumr. Zumr war ehemals einer der Führer der bewaffneten Gruppe Islamischer Jihad und saß seit 1981 für seine Beteiligung an der Ermordung Anwar al-Sadats im Gefängnis. Ebenso wie weitere Führer der Jama'a al-islamiya wurde er im März 2011 entlassen.

Programmpunkte:

- Innenpolitik: Gemäß dem Programm der von der Jama'a al-islamiya gegründeten Partei für Aufbau und Entwicklung ist ein Ziel die Bewahrung der „islamischen und arabischen“ Identität Ägyptens; angestrebt wird ferner die umfassende Anwendung der Scharia, auch des Strafrechts (Einführung der Hadd-Strafen); Glaubensfreiheit für Christen wird im Rahmen des islamischen Rechts gewährt, ein Kopte darf jedoch nicht Staatspräsident werden; unter den Gründungsmitgliedern der Partei sollen angeblich auch Christen sein.
- Wirtschaftspolitik: Die Partei bekennt sich grundsätzlich zur Marktwirtschaft; angestrebt ist der Aufbau eines islamischen Bankensystems.
- Außenpolitik: Zentraler Aspekt ist die Befreiung der Aqsa-Moschee in Jerusalem und die Solidarität mit den Palästinensern.

Die Jama'a al-islamiya und ihr parteipolitischer Arm bekennen sich zum Gewaltverzicht, zur Rechtsstaatlichkeit (allerdings ist islamisches Recht der Referenzrahmen) und setzen sich für graduellen Wandel ein.

Aktivitäten seit 2011: Zahlreiche Führer der Jama'a al-islamiya wurden Anfang 2011 aus dem Gefängnis entlassen; im Juni 2011 erfolgte die Gründung der Partei für Aufbau und Entwicklung. Der Partei wurde zunächst die Zulassung verwehrt, weil das Parteiprogramm zu stark religiös geprägt war. Nach erfolgreicher Klage beim obersten

Verwaltungsgericht erfolgte die Zulassung im Oktober 2011. Damit konnte die Partei an den Parlamentswahlen zum Jahresende 2011 teilnehmen. Als Mitglied der Islamischen Allianz gewann sie 13 Sitze. Sie unterstützte die Präsidentschaftskandidatur von Abd al-Mun'im Abu al-Futuh bei den Wahlen vom Mai 2012.

Kooperationspartner: Die Partei für Aufbau und Entwicklung kooperiert mit der Nur-Partei und anderen salafistischen Parteien im Rahmen der Islamischen Allianz.

Politischer Gegner: Liberale und säkulare Parteien.

Webauftritt: <http://egyig.com> und <http://benaaparty.com> (Webseite der Partei für Aufbau und Entwicklung).

Wasat-Partei

Neue Partei der Mitte/Hizb al-wasat al-jadid

Gründung der Partei, Status, Repräsentanz im Parlament: Gegründet wurde die Partei 1996, die Legalisierung erfolgte im Februar 2011; Hauptsitz ist Kairo. Seit 2011 nimmt die Wasat-Partei an Wahlen teil; bei den Legislativwahlen (28.1.2011 bis 11.1.2012) gewann sie neun Sitze (1,8 % der Sitze).

Mitgliederzahl: > 5.000.

Führungsorgane, Führungspersönlichkeiten: Der Parteivorsitzende und der dreißigköpfige Parteivorstand werden von einer Generalversammlung gewählt. Parteivorsitzender ist Abu al-Ala Madi, ehemals Mitglied der Muslimbruderschaft, der die Partei 1996 gründete. Ebenfalls an der Gründung beteiligt war der Anwalt und ehemalige Muslimbruder Issam Sultan, heute prominentes Mitglied des Parteivorstandes und einer der Wortführer im ägyptischen Parlament.

Programmpunkte:

- Innenpolitik: Die Wasat-Partei bekennt sich zur Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz, zur Parteiendemokratie und zur Reduzierung der Befugnisse des Staatspräsidenten; Religionsfreiheit

und Geschlechtergleichheit wird betont (Nichtmuslime und Frauen sollen ohne Einschränkungen auch für das Amt des Staatspräsidenten kandidieren können).

- **Wirtschaftspolitik:** Die Partei verfolgt eine wirtschaftsliberale Ausrichtung.
- **Außenpolitik:** Die internationalen Verträge werden anerkannt, der Ausbau der Beziehungen zu den Nilanrainern wird angestrebt und das Engagement zur Lösung des Nahostkonflikts soll intensiviert werden.

Die Wasat-Partei lehnt Gewalt als politisches Mittel ab; sie tritt umfassend für Toleranz und Pluralismus ein. Sie hat weitaus mehr programmatische Nähe zu säkular eingestellten Ägyptern bzw. Organisationen als zu Islamisten.

Aktivitäten seit 2011: Die Wasat-Partei bekam als erste islamistische Partei 2011 ihre Zulassung; sie war zuerst Mitglied in der Wahlallianz unter Führung der FJP, trat dann aber außerhalb einer Wahlallianz bei den Parlamentswahlen an und erlangte neun Sitze; sie äußert sich kritisch gegenüber der Militärführung und versucht, sich im Parlament (vor allem durch Issam Sultan) auch als Opposition zur FJP zu präsentieren. Sie unterstützte die Präsidentschaftskandidatur von Abd al-Mun`im al-Futuh bei den Wahlen vom Mai 2012.

Kooperationspartner: Die Wasat-Partei versucht, sich als eigenständige politische Kraft zu präsentieren, daher ist eine Kooperation mit anderen Parteien abhängig von der Thematik.

Politische Gegner: Salafistische Parteien.

Webauftritt: <http://www.alwasatparty.com>

III. Persönlichkeiten, die Einfluss auf den religiösen Diskurs nehmen

Muhammad (Ibrahim Ibrahim) Hassan

Kurzbiographie: Hassan ist 1962 in Dimu (Daqahliya/östliches Nildelta) geboren und stammt aus einer religiösen Unterschichtsfamilie. Mit vier Jahren kam er in die Koranschule, mit acht Jahren konnte er angeblich den Koran auswendig. Studium der Medienwissenschaft an der Cairo University; er arbeitete als Prediger und Islamlehrer in Saudi-Arabien, seitdem freier Prediger und Publizist. Seine Lehrmeinung wird weitgehend von der Azhar anerkannt. Hassan ist stellvertretender Vorsitzender und offenbar wichtigstes Mitglied des von Salafisten gegründeten Konsultativrats der Religionsgelehrten (Majlis shura al-ulama' bi-misr) und wichtigster salafistischer Fernsehprediger in Ägypten. Ihm gehört der populäre Fernsehsender Al-Rahma TV.

Positionen: Er tritt nicht für radikalen Wandel, sondern für die graduelle Errichtung eines islamischen Staates ein; seine Ausrichtung ist einerseits klar salafistisch in Bezug auf gesellschaftliche Vorstellungen, er sucht aber auch die Nähe zur Azhar. Seine Positionen legte er in einer Schrift mit dem Titel Haqiqat al-tawhid (Die Wahrheit des Monotheismus) nieder. Er distanziert sich von Gewalt (er kritisierte deutlich vereinzelte Gewaltakte gegen Sufis und Christen seit 2011); er fordert die Kontrolle der öffentlichen Medien unter islamischen Gesichtspunkten und tritt für eine graduelle Veränderung des politischen Systems ein. Im Vergleich zu anderen salafistischen Predigern hat er eine eher moderate Haltung gegenüber Kopten und anderen islamischen Strömungen. Er wendet sich klar gegen Säkularisierung. Außenpolitisch tritt er für die Unabhängigkeit von westlicher, insbesondere US-amerikanischer Hilfe ein.

Aktivitäten seit 2011: Er nahm seit Ende Januar 2011 öffentlich gegen das Mubarak-Regime Stellung; er sprach sich allerdings für moderaten Wandel aus (er rief Mubarak zum Rücktritt auf, um Blutvergießen zu vermeiden); Hassan beschwört die Einigkeit der islamistischen Kräfte.

(Politische) Affinitäten: Affinitäten bestehen zu salafistischen Parteien.

Gegner: Säkulare Parteien.

Beziehungen zu militanten Gruppen: Nicht bekannt.

Rolle von Gewalt im Diskurs: Er lehnt in öffentlichen Stellungnahmen Gewalt als politisches Stilmittel ab.

Webauftritt/bevorzugtes Medienforum: Sein eigener Sender Al-Rahma TV ist auch sein zentrales Medium; <http://www.alrahma.tv>

Muhammad Hazim Salah Abu Isma`il

Kurzbiographie: Abu Isma`il wurde 1961 in Kairo geboren; sein Vater, Salah Abu Isma`il, war Mitglied des ägyptischen Parlaments in der Ära Präsident Sadats und gehörte zu dessen erbitterten Widersachern. Hazim Abu Isma`il schloss 1982 sein Studium der Rechtswissenschaften an der Cairo University ab und arbeitete als Anwalt. 1995 und 2005 trat er für die Muslimbruderschaft zu den Legislativwahlen an, verlor aber offenbar in Folge von Wahlfälschung. Als Anwalt vertrat er zahlreiche Mitglieder der Bruderschaft vor Gericht. Als Prediger wurde Abu Isma`il ab 2010 einer größeren Öffentlichkeit bekannt. Im Mai 2011 gab er seine Kandidatur für das Präsidentenamt bekannt. Im April 2012 wurde seine Kandidatur mit der Begründung abgelehnt, seine Mutter sei ausländische (US-amerikanische) Staatsbürgerin gewesen.

Positionen: Abu Isma`il distanzierte sich deutlich von Gewalt im ägyptischen Kontext; er fordert die Kontrolle der öffentlichen Medien und der Kunst gemäß islamischen Gesichtspunkten, tritt für eine langsame, schrittweise Einführung eines islamischen Systems ein. Er bekennt sich zu demokratischen Spielregeln. Zum Schutz von Minderheiten gab er bislang eher allgemeine Äußerungen ab; seine Ablehnung eines säkularen Systems formuliert er dagegen deutlich. Er vertritt eine salafistische Ausrichtung in gesellschaftspolitischen Fragen; die Rolle der Frau wird dementsprechend im islamischen Rahmen interpretiert, allerdings wendet er sich nicht grundsätzlich gegen Frauen im Arbeitsprozess. Er tritt für eine moderne (und für salafistische Verhältnisse moderate) Auslegung und Kodifizierung der Scharia ein. Seine Positionen sind allerdings oftmals schwammig. Außenpolitik scheint für

ihn nicht prioritär zu sein; er formulierte allerdings seine Ablehnung gegenüber Israel und seine Kritik am Camp-David-Abkommen.

Aktivitäten seit 2011: Er demonstrierte gegen das Militär und war bereits auf Seiten der Aktivisten, als sich die Muslimbrüder noch eher bedeckt hielten. Kritik übte er auch immer wieder gegenüber salafistischen Parteien. Abu Isma`il präsentierte sich erfolgreich als unabhängiger, moderner „islamischer“ (salafistischer) Kandidat („Underdog“) und sprach so vor allem junge Salafisten an. Er verstrickte sich allerdings zunehmend in Widersprüche in Bezug auf die Staatsangehörigkeit seiner Mutter und rief nach der Ablehnung seiner Präsidentschaftskandidatur durch die Wahlkommission zu Demonstrationen und Sitzblockaden auf.

(Politische) Affinitäten: Keine klare Affinität zu salafistischen Parteien, aber zum Salafismus.

Gegner: Säkulare Parteien.

Beziehungen zu militanten Gruppen: Nicht erkennbar.

Rolle von Gewalt im Diskurs: Er lehnt in öffentlichen Stellungnahmen Gewalt als politisches Mittel ab; allerdings liegen problematische Äußerungen zu Osama Bin Laden vor, dessen Weg er zwar für falsch hält, den er aber als Märtyrer bezeichnet. Abu Isma`il deutete zudem Zweifel an den Hintergründen der Qaida-Anschläge vom 11. September 2001 an.

Webauftritt/bevorzugtes Medienforum: Abu Isma`il hat eine Sendung auf dem islamischen Satellitensender al-Nas; Webseite <http://hazemsalah.net>

Abd al-Mun'im Abu al-Futuh

Kurzbiographie: Futuh ist 1951 in Kairo geboren, studierte zunächst Medizin an der Cairo University und machte später seinen Master in Gesundheitsmanagement an der Helwan University. Während seiner Universitätsausbildung trat er als Studentenführer öffentlich in Erscheinung. Nach seinem Studium übernahm er verschiedene Füh-

rungspositionen in medizinischen Berufsgenossenschaften und Verbänden. Seit 2004 ist Futuh Generalsekretär der Arab Medical Union. Futuh wurde in den 1970er Jahren Mitglied der Muslimbruderschaft und gehörte zwischen 1987 und 2009 dem Führungsbüro der Bewegung an. Zwischen 1996 und 2001 wurde er aufgrund seines politischen Engagements in der Bruderschaft inhaftiert und promovierte im Gefängnis in Rechtswissenschaften. Aufgrund seiner liberalen Positionen kam es zwischen ihm und konservativen Kräften innerhalb der Bruderschaft immer wieder zu Auseinandersetzungen. Im Mai 2011 kündigte Futuh trotz anderweitiger Position der Muslimbruderschaft seine zukünftige Kandidatur für das Präsidentenamt an und wurde in Folge dessen aus der Muslimbruderschaft ausgeschlossen.

Positionen: Menschenrechte und Unabhängigkeit der Justiz stehen im Vordergrund seiner politischen Agenda; die Scharia ist für ihn eher Referenzrahmen. Direkte Gesetzesbestimmungen müssen durch die Legislative beschlossen werden. Er tritt für einen zivilen Staat ein; der Bezug auf die Scharia und die Religion an sich ist sehr beschränkt. Er tritt für politischen Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit, für Toleranz in Bezug auf andere Religionen und die Auslegung des Islam ein und zeigt sich offen gegenüber säkular eingestellten Mitbürgern. Er betont die Achtung von Frauenrechten (seine Ehefrau und seine Töchter sind berufstätig). Außenpolitisch plädiert er für die Revision der Beziehungen zu Israel.

Aktivitäten seit 2011: Während der Massenproteste gegen das Mubarak-Regime plädierte er für eine Beteiligung der Muslimbrüder, organisierte Feldlazarette, kritisierte das Vorgehen des Militärs und insbesondere die Durchführung von Militärgerichtsverfahren gegen Zivilisten. Seit seiner offiziellen Präsidentschaftskandidatur im Mai 2012 verhielt er sich zunehmend strategisch gegenüber allen gesellschaftlichen Gruppen und präsentierte sich als „Mann der Mitte“. In öffentlichen Stellungnahmen lehnt Futuh Gewalt als politisches Mittel dezidiert ab. Bei den Präsidentschaftswahlen am 16.5.2012 erhielt er 4,06 Millionen Stimmen (17,47 % der abgegebenen Stimmen); er erreichte damit nur den vierten Platz.

(Politische) Affinitäten: Programmatische Affinität besteht am ehesten zur Wasat-Partei; Futuhs Unterstützerbasis umfasst aber auch salafistische Parteien und Organisationen.

(Politische) Gegner: Am ehesten die Vertreter des alten Regimes.

Beziehungen zu militanten Gruppen: Nicht erkennbar.

Webauftritt: <http://www.abolfotoh.net>

Yusuf Abd Allah al-Qaradawi

Kurzbiographie: Qaradawi ist 1926 in Ägypten geboren, wuchs in ärmlichen Verhältnissen auf, erhielt sehr früh religiöse Bildung und absolvierte eine theologische Ausbildung an der Azhar-Universität. Für seine Aktivitäten und Mitgliedschaft in der Muslimbruderschaft erhielt er zwischen 1949 und 1961 mehrere Gefängnisstrafen. 1961 ging Qaradawi nach Katar, war in Doha maßgeblich an der Entwicklung einer religionswissenschaftlichen Infrastruktur beteiligt und gründete die Fakultät für Scharia und islamische Studien der Universität von Katar. Sein Hauptaufenthaltort ist seither Doha; mittlerweile ist Qaradawi auch katarischer Staatsbürger. Er publizierte über 50 Bücher und gehört zu den am meisten gelesenen religiösen Autoritäten in der islamischen Welt (eine seiner wichtigsten Publikationen trägt den Titel „Erlaubtes und Verbotenes im Islam“). Über seine Sendung *al-Shari'a wal-hayat* (Die Scharia und das Leben) beim katarischen Satellitensender Al-Jazira erreicht er zudem ein Massenpublikum. Qaradawi gilt als wichtiger Vordenker der Muslimbruderschaft. Angeblich wurde ihm von Seiten der Muslimbruderschaft in der Vergangenheit auch das Amt des Murshid angetragen, was er aber ablehnte. Einer seiner Söhne, der Poet Abd al-Rahman Yusuf, gehörte bereits vor 2011 zu den bekannten Kritikern des Mubarak-Regimes und zu den Unterstützern des liberalen Politikers Muhammad al-Baradai.

Positionen: Qaradawi plädiert für einen zivilen Staat mit islamischem Referenzrahmen und die schrittweise Einführung der Scharia. Allerdings spricht er sich für eine zeitgemäße, kontextorientierte Interpretation der Scharia und ausdrücklich gegen eine Theokratie aus. Qaradawi tritt für politischen Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit ein und plädiert für eine tolerante, partnerschaftliche Haltung in Bezug auf Kopten. Eine kontroverse Haltung nimmt er in Bezug auf Frauen- und Minderheitenrechte sowie Apostasie ein, wobei er sich in vielen Punkten klar von der – von ihm explizit kritisierten – fundamentalistischen Lehrmeinung der meisten Salafisten unterscheidet und im Vergleich

zu ihnen „liberaler“ argumentiert. So gesteht er z. B. Frauen das Recht zu, das Amt des Staatspräsidenten zu bekleiden. In öffentlichen Stellungnahmen seit dem Umbruch in Ägypten lehnt er Gewalt als politisches Mittel dezidiert ab. Er legitimiert jedoch den bewaffneten Widerstand der Palästinenser, während er sich gegen eine militärische Konfrontation zwischen Ägypten und Israel ausspricht.

Aktivitäten seit 2011: Qaradawi solidarisierte sich sehr früh mit der Protestbewegung gegen Mubarak und forderte diesen bereits Ende Januar 2011 zum Rücktritt auf. Am 18.2.2011 leitete er das Freitagsgebet auf dem Tahrir-Platz mit Hundertausenden von Zuhörern.

(Politische) Affinitäten: Affinitäten bestehen zur Muslimbruderschaft; gerade in der Anfangsphase der Proteste 2011 verhielt sich Qaradawi allerdings wesentlich offensiver als die abwartende Muslimbruderschaft. In einigen Punkten vertritt er auch eine andere Meinung als die Bruderschaft; so sprach er sich z. B. für Abd al-Mun'im al-Futuh als Präsidentschaftskandidaten für die Wahlen vom Mai 2012 aus.

Gegner: Qaradawi ist gegenüber Salafisten sehr kritisch eingestellt.

Beziehungen zu militanten Gruppen: Nicht erkennbar.

Webauftritt: <http://www.qaradawi.net>; <http://www.islamonline.net>.

Bevorzugtes Medienforum: Satellitenfernsehsender al-Jazira TV.